



**5 JAHRE ROT-GRÜN
Deutschland
ausgebremst!**

Besser für die Menschen.

CDU

LAURENZ MEYER:

Herbstaktion startet

Am 22. September hat sich die Wiederwahl von Rot-Grün zum ersten Mal geläutert. Einen Monat später, am 22. Oktober, ist der erste Jahrestag der Vereidigung der zweiten Regierung Schröder. Anlass, Bilanz zu ziehen.

Ein Jahr nach der Bundestagswahl steht fest: Rot-Grün ist das größte Hindernis für den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Gerade diejenigen, die der Koalition noch eine zweite Chance gaben, spüren, *Fortsetzung Seite 3*

INHALT

LAURENZ MEYER:
Maut-Minister versagt
auch beim Aufbau Ost
SEITE 4

DOKUMENTATION
Argumente zum
Entwurf des Existenzgrund-
lagengesetz der CDU/CSU
INNENTEIL

■ Larenz Meyer: Herbstaktion gestartet – Information zur Herbstaktion (Seite 1 und 3) ■ Klaus Lippold, Dirk Fischer: Regierung muss Mautkompromiss umsetzen (Seite 5) ■ Volker Kauder: Zurück zum ordentlichen parlamentarischen Beratungsverfahren (Seite 6–7) ■ Berichte aus den Ländern: Kommunen können ab besten helfen (Seite 8) ■ Euro muss Weltwährung werden (Seite 9) ■ RCDS startet neues Magazin (Seite 9) www.cducus.de in neuem Gewand (Seite 10) ■ Dietrich Austermann: Struck missachtet Parlament (Seite 11) ■ Arnold Vaatz: Bundesregierung nutzt ihre Möglichkeiten nicht (Seite 11–12) ■ Katherina Reiche, Michael Kretschmer: Forschungslandschaft Ost – Rot-Grün ohne Konzept (Seite 12–13) ■ Dagmar Wöhrli: Bundesregierung verhindert Konjunkturerholung (Seite 13–14) ■ Union in Europa: Sonderbeilage (Innenteil)

IMPRESSUM



Quo vadis, Deutschland?



Selten gab es eine Frage, auf die die Menschen in unserem Land sehnlicher eine Antwort erwartet haben.

Womit kann Deutschland in Zukunft sein Geld verdienen?

Welche Wege gibt es aus der Rezession?

Wie kann Deutschland

wieder nach vorne kommen? Fragen, die auf eine schlüssige Antwort warten.

Auf Einladung des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, wird die Vorsitzende



Konrad-Adenauer-Stiftung

**ACHTUNG!
BITTE VORMERKEN!**

der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, am Mittwoch, dem 1. Oktober 2003, anlässlich des 13. Jahrestages der Deutschen Einheit in einer Grundsatzrede zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Die Rede wird am 2. Oktober auf www.cdu.de und

im CDU-Mitgliedernetz www.cdunet.de zum Download zur Verfügung stehen. Ein Abdruck der kompletten Rede im UiD ist für die Ausgabe Nr. 31 vorgesehen.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

dass die Bundesregierung unser Land nicht voranbringt. Aufwärts geht es nur mit den Arbeitslosenzahlen, Insolvenzen und der Staatsverschuldung. Konzepte? Fehlanzeige! Bei dieser Mehrheit paaren sich fehlende Ideen mit handwerklichen Fehlern.



Kalenderkarte
„Steuer- und Abgabenlast“

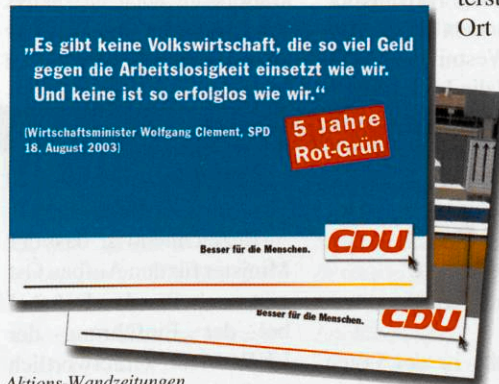
Die Menschen haben das Vertrauen in die jetzige Bundesregierung verloren. Sie müssen es als traurigen Höhepunkt empfinden, dass Kanzler und Außenminister sich in diesen schwierigen Zeiten mehr mit der eigenen Zukunft als mit der unseres Landes beschäftigen.

In dieser Stimmung müssen wir deutlich machen: Die Probleme unseres Landes haben einen Namen: Rot-Grün. Und es gibt Alternativen: Die Konzepte der CDU. Die CDU muss unmissverständlich klarma-

ALLE
MATERIALIEN
ZUR HERBST-
AKTION AUF
Seite 15-16

chen, dass sie der Anwalt der Bürgerinnen und Bürger ist und nicht tatenlos zuschaut, wie Rot-Grün unser Land ruiniert.

Anlässlich dieses Datums hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle spezielle Werbemittel herausgegeben, mit deren Hilfe Sie im Herbst vor Ort Aktionen zu „Rot-Grün II“ durchführen können. Im Mittelpunkt stehen sowohl die Fehlleistungen der rot-grünen Bundesregierung als auch die Vorschläge der CDU.



Aktions-Wandzeitungen

Wir setzen auf unsere inzwischen bewährte Aktionszeitung. Jeder Kreisverband hat bereits 500 Exemplare kostenlos erhalten.

Über dieses Kontingent hinaus können zusätzliche Exemplare sowie neue Broschüren und ein Kalender, der die rot-grüne Steuerlast aufgreift, beim IS-Versandzentrum bestellt werden.

Gerade auch die Verbände, die in diesem und im kommenden Jahr vor Kommunalwahlen stehen, wol-



Folder „10 Punkte PLUS“

len wir mit diesem Angebot in ihren Aktivitäten unterstützen, vor Ort Flagge zu zeigen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie das Angebot der Bundesgeschäftsstelle für

Ihre Arbeit nutzen und wir gemeinsam der Bundesregierung einen heißen Herbst bereiten.

LAURENZ MEYER:

Maut-Minister Stolpe versagt auch beim Aufbau Ost

Was immer Minister Stolpe anpackt, es geht schief. Das gilt für das Debakel um die LKW-Maut genauso wie für den Aufbau Ost.

Der Regierungsbericht zum Stand der deutschen Einheit macht deutlich: Rot-Grün hat auch hier auf ganzer Linie versagt. Die Schere zwischen Ost und West klafft immer weiter auseinander, das Wirtschaftswachstum im Osten hinkt der Entwicklung in Westdeutschland hinterher. Seit Jahren liegt die Wirtschaftsleistung pro Kopf fast unverändert bei 63 Prozent des Westniveaus. Zugleich sind die Investitionsausgaben in den neuen Ländern seit 1995 um fast ein Drittel gesunken.

Konzepte der Union

Chefsache ist der Osten für Kanzler Schröder schon lange nicht mehr. Dabei liegen die Konzepte für einen Aufschwung Ost schon lange auf dem Tisch: Mit gezieltem Abbau von Regulierun-

gen und Verwaltungsvorschriften, einfacheren Genehmigungsverfahren sowie Öffnungsklauseln bei den Flächentarifverträgen könnte man die neuen Länder wieder attraktiv für internationale Investoren machen und somit Arbeitsplätze schaffen. Über Experimentierklauseln müssen die Länder in die Lage versetzt werden, Regelungen zu schaffen, die von Bundesgesetzen abweichen. Zugleich müssen die Kommunalfinanzen dringend neu geregelt werden. Mit der heutigen Bürokratie wäre auch das Wirtschaftswunder im Westen nicht möglich gewesen.

Dilettantische Bundesminister

Bezeichnend ist, dass der Minister für den Aufbau Ost nun auch für das Debakel bei der Einführung der LKW-Maut verantwortlich ist. Stolpe war weder in der Lage, ein funktionierendes Kontrollmanagement aufzubauen, noch die von seinem Vorgänger Kurt Bode-wig dilettantisch ausgehan-



delten Verträge mit dem Betreiberkonsortium nachzubessern. Aufgrund der wiederholten Verzögerungen des Projekts entstehen dem Bund voraussichtlich Einnahmeverluste von rund 700 Millionen Euro, die am Ende dem Steuerzahler aufgebürdet werden. Vom Imageschaden für den Wirtschaftsstandort Deutschland ganz zu schweigen. Dennoch weigert sich der Minister weiterhin, der Öffentlichkeit einen Einblick in die Verträge zu gewähren. Stolpe ist mit diesen beiden Aufgaben offenbar komplett überfordert. Bundeskanzler Schröder muss endlich die Reißleine ziehen und seinen Minister in den wohlverdienten Ruhestand schicken.

KLAUS LIPPOLD, DIRK FISCHER:

Keine Maut ohne Entlastung

Zum Beschluss des Bundeskabinetts zur streckenbezogenen Lkw-Maut erklärten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und der verkehrspolitische Fraktionsprecher:

Wir fordern Bundesverkehrsminister Stolpe auf, über den Kampf um sein Amt und die Bemühungen um Schadensbegrenzung bei der streckenbezogenen Lkw-Maut die noch immer nicht geleisteten Kernaufgaben dieses Projektes nicht aus dem Auge zu verlieren.

Die Union besteht auf einer vollen Umsetzung des im Vermittlungsausschuss vereinbarten Maut-Kompromisses. Dazu gehören zwingend ■ die Harmonisierung

für das deutsche Transportgewerbe in Höhe von 600 Mio. Euro jährlich, ■ die volle Zweckbindung der Netto-Einnahmen aus der Maut für die Verkehrsinfrastruktur zusätzlich zum bisherigen Niveau der Verkehrsweinvestitionen und überwiegend für den Straßenbau.

Das deutsche Transportgewerbe darf nicht unter Stolpes Schwäche leiden. Ebenso ist ein Einknicken des Bundesverkehrsministers gegenüber Finanzminister Eichel zu Lasten der Verkehrsinfrastruktur nicht akzeptabel. Nachdem Bundesverkehrsminister Stolpe sich bisher bei der Lkw-Maut



nicht als erfolgreicher Steuerermann, sondern als hilflos in den Wellen Treibender gezeigt hat, muss er jetzt glaubhaft machen, wie er das Ziel unter den vereinbarten Konditionen und zum ohnehin verspäteten Starttermin 2. November 2003 erreichen will. Ansonsten muss er das Steuer aus der Hand geben.

Weiteres inkompetentes Agieren und Notlösungen wird die Union nicht hinnehmen.

PRESSESTIMMEN

Es ist unfassbar, mit welcher Unbedarftheit eine hohe Behörde Verträge wie beim Maut-System formuliert. Das Ministerium gebärdet sich als Sammelstelle selbstgerechter Bürokraten, die trotz fahrlässigen Umgangs mit Steuergeldern kein Unrechtsbewusstsein quält.

Dresdner
Neueste Nachrichten

Auch wenn Stolpe persönlich nicht für alle Pannenhaftbar gemacht werden kann, ein politisches Debakel, das geradezu skandalös ist, kann nicht ohne Folgen bleiben.

Hannoversche Allgemeine
Zeitung

Der neue Chaos-Minister heißt Manfred Stolpe, von

Amtswegen für den Verkehr zuständig. Stolpe wird zum Stolpe(r)stein dieser Bundesregierung. Die geplante Lkw-Maut immer mehr zur Lachnummer.

Schwarzwälder Bote

Die große Industrienation Deutschland ist dabei, sich weltweit zu blamieren.

Mindener Tageblatt

Zurück zum **ordentlichen** parlamentarischen Beratungsverfahren

Deutschland steckt nach fünf Jahren rot-grüner Koalition tief in der Rezession, Städten und Gemeinden fehlt das Geld für das Nötigste, Resignation und Lethargie machen sich in der Bevölkerung und der Wirtschaft breit. Die Verantwortung für diese desolante wirtschaftliche Lage in der das Land steckt, trägt zweifellos der Bundeskanzler.

Die Union ist bereit, ihren Beitrag dabei zu leisten, Deutschland wieder in die richtige Richtung zu bringen. Dies haben wir bei der Gesundheitsreform durch vorgezogene Konsensgespräche mit der Regierung getan, dies werden wir auch bei den anstehenden weiteren Gesetzentwürfen der Regierung tun. Dabei müssen wir aber zu den üblichen und vom Grundgesetz vorgesehenen parlamentarischen Beratungsverfahren zurückkehren. Nur auf diesem Weg wird der Gesetzgeber seiner Rolle gerecht, das Verfahren für den Bürger zumindest halbwegs durchschaubar und die politischen Verantwortlichkeiten erkennbar.



Denn die politischen Entscheidungen müssen im Deutschen Bundestag und im Bundesrat, notfalls auch im Vermittlungsausschuss, fallen. Vorgezogene Konsensrunden im Kanzleramt oder gar in irgendwelchen Hinterzimmern sind als Methode der Gesetzgebungsarbeit ähnlich problematisch, wie die von der Bundesregierung seit langem praktizierte Kommissionitis, Bündnisse und Runden Tische.

Regierung trägt Verantwortung

Das Prinzip unserer parlamentarischen, repräsentativen Demokratie, in dem sich die Regel der Koalitionsregierung herausgebildet hat, verlangt, dass die re-

gierungstragenden Fraktionen die Verantwortung für die zu beschließenden Gesetze tragen. Im Klartext heißt dies, dass SPD und GRÜNE im Bundestag klar sagen müssen, was sie bei den anstehenden Gesetzgebungsvorhaben wollen. Die Union wird dann ihre Haltungen im Bundestag deutlich formulieren und im Bundesrat und Vermittlungsausschuss versuchen, die Reformversuche der Regierung in die richtige Richtung umzubiegen. Wir müssen bei der Gesetzgebung zurück in die Parlamente, den Bundestag, den Bundesrat und in den Vermittlungsausschuss, sonst beschädigen wir unsere Demokratie. Die Ausnahme bei der Gesundheitsreform war lediglich bedingt durch die drohende Explosion der Kasernenbeiträge, so dass ein Schnellverfahren notwendig geworden war.

SPD ohne einheitliche Linie

Bis zum Jahresende sollen zehn wichtige Gesetze

der Regierung Schröder durch die gesetzgebenden Körperschaften gebracht werden. Dafür muss zunächst die rot-grüne Mehrheit bei jeder Abstimmung im Bundestag ihre Mehrheit beweisen. Das Problem dabei ist, egal welches Projekt Schröder auf die Tagesordnung setzt, ein Teil seiner Leute verweigert die Gefolgschaft. Neun SPD-Abgeordnete stimmten in der Fraktion gegen den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit, 13 Abgeordnete stimmten gegen die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, 17 Abgeordnete lehnten gar die mit uns ausgehandelte Gesundheitsreform ab. Viele dieser Gesetze gehen aus Sicht der Union zwar in die richtige Richtung, doch müssen sie noch ganz entscheidend verbessert werden.

Absurde Vorwürfe an die Union

Deswegen werden wir im Bundestag entsprechende Anträge einbringen; Da diese von den Regierungsfractionen üblicherweise und entgegen besserer Einsicht abgelehnt werden dürften, werden wir dann im Bundesrat unsere Gegenvorstellungen einbringen. Dies ha-

ben wir auch in der Vergangenheit getan – entgegen immer wieder aufkommenden Vorwürfen: So haben wir in dem knappen Jahr seit der Bundestagswahl fast 50 Gesetze von unionsgeführten Ländern im Bundesrat eingebracht und im gleichen Zeitraum über die CDU/CSU-Bundestagsfraktion elf eigene Gesetzentwürfe vorgelegt. Der Union Blockade-Vorwürfe zu machen, ist also absolut absurd.

Die Union hat Konzepte für die drängenden Probleme in Deutschland. Und im Wettbewerb um die beste Lösung hat die CDU damit deutlich vorgelegt. Im Gegensatz zu den Plänen der Regierung sind die Unionskonzepte für Arbeitsmarkt, Sozialhilfereformen und Gemeindefinanzen weder unausgegoren noch unfinanzierbar. Zur Arbeitsmarktreform haben Bayern und Niedersachsen Entwürfe zur Flexibilisierung des Arbeitsrechts entwickelt: Mit einem gelockerten Kündigungsschutz sollen Neueinstellungen vereinfacht werden; auch Ausnahmen vom Flächentarifvertrag sind vorgesehen. Für die Sozialhilfereform sehen von Hessen erarbeitete Gesetzentwürfe zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe Kürzungen für

Sozialhilfeempfänger vor, die zumutbare Arbeit ablehnen. Bei der Gemeindefinanzreform entlastet das von CDU und CSU vorgelegte Sofortprogramm für eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden diese umgehend um 6,3 Mrd. Euro. Mit diesen Konzepten hat die Union ihre Alternativen zur rot-grünen Politik der Öffentlichkeit gegenüber schon dokumentiert. Jetzt aber ist die Regierung im Bundestag am Zug.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Die CDU in NRW hat erstmals in ihrer Geschichte die SPD in der Mitgliederzahl überflügelt. Die SPD zählte im August in NRW nur noch 184.881 Genossen, die CDU hatte aber 185.530 Mitglieder, berichtete die „Welt“ (19.9). SPD-Generalsekretär Michael Groschek bestätigte die Zahlen und sagte, die Gründe würden vor allem im Protest gegen die rot-grüne Politik in Berlin liegen. Der CDU-Landeschef Jürgen Rüttgers sagte, die historische Überwindung der SPD sei die Quittung für die ungerechte Politik von Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsident Steinbrück.

Kommunen können am besten helfen

Die Ministerpräsidenten Christian Wulff und Roland Koch haben sich gegen die Schaffung einer neuen Superbehörde zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen ausgesprochen.

Die beiden Mitglieder des Präsidiums der CDU Deutschlands übten nach einer ersten gemeinsamen Kabinettsitzung der hessischen und der niedersächsischen Landesregierung massive Kritik am Gesetzentwurf von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement und bezeichneten ihn als „nicht zustimmungsfähig“. „Wenn – wie in Hartz IV vorgesehen – die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) übertragen wird, wird eine neue Superbehörde entstehen, die viel Geld und Personal verschlingt, aber keine schnelle und effektive Hilfe leistet.“ Diese Zuordnung sei ein kardinaler Konstruktionsfehler. Ein solches Bundessozialamt werde ein bürokratischer Moloch, weit weg von den Menschen und entsprechend unbeweglich sein. Zudem konterkariere es das Ziel, die Bundesanstalt zu verschlanken und dienstleistungsorientiert zu gestalten. Die beiden Ministerprä-

sidenten wiesen in diesem Zusammenhang auf den von Hessen erarbeiteten Entwurf eines Existenzgrundlagengesetzes (EGG) hin, der sowohl im Bundrat als auch im Deutschen Bundestag als Gegenmodell

zu dem Gesetzentwurf „Hartz IV“ eingebracht wurde. Das EGG (siehe Dokumentation, Innenteil) sieht vor, die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen in kommunale Hände zu legen. „Von den Kommunen kann die Vermittlung und Betreuung der Betroffenen aus einer Hand in Vermittlungsagenturen am besten gewährleistet werden, da sie hier über erhebliches Know-how verfügen und aufgrund der gegebenen Nähe den direkten Kontakt zu den Menschen haben“, betonte Roland Koch.

Auch der Gesetzentwurf des Bundes zu Reformen des Arbeits- und Tarifrechts fand auf der Kabinettsitzung keine Zustimmung. Christian Wulff sagte, die „Zubetonierung des Arbeitsrechts“ müsse verhindert werden. Notwendig seien echte Reformen, um die Verkrustungen und Hemmnisse des deutschen Arbeits-



Christian Wulff



Roland Koch

und Tarifrechts zu beseitigen. Schwerpunkte müssen eine Förderung von betrieblichen Bündnissen für Arbeit durch Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes und des Tarifvertragsgesetzes ebenso wie die Möglichkeit von Einstiegstarifen für zuvor Arbeitslose sein. Koch und Wulff verwiesen auf die aktuellen Gesetzesanträge der beiden Länder, sowie Bayern und Sachsen, die eine Grundlage für die weiteren Verhandlungen im Vermittlungsausschuss bieten.

Hessen und Niedersachsen sprachen sich auf ihrer gemeinsamen Kabinettsitzung außerdem für eine länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizei aus. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere die Bekämpfung schwerer Straftaten und der organisierten Kriminalität, wie beispielsweise Schleuserkriminalität, sowie die konsequente Verfolgung länderübergreifend tätiger Insozialtäter.

EVP-ED-FRAKTION

Euro muss Weltwährung werden

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat das negative Votum Schwedens über die Einführung des Euro bedauert.

„Die schwedischen Bürgerinnen und Bürger haben nach dem tragischen Tod Anna Lindhs in einer schweren Situation eine schwierige Entscheidung treffen müssen“, erklärte Pöttering. Er bedauere, dass die europäische Währung die schwedischen Bürgerinnen und Bürger nicht von ihren Vorteilen habe überzeugen können.

Eine wesentliche Ursache hierfür liege sicher auch in der anhaltenden Debatte

über die Frage einer Aufweichung der Stabilitätskriterien und damit der Währungsstabilität. „Die Stabilität des Euro, die durch die vertraglich verankerten Stabilitätskriterien gesichert wird, muss oberste Priorität der Währungspolitik bleiben“, betonte Pöttering. Nur so werde man die Menschen vom Nutzen der jungen Währung überzeugen können. Dabei müssen die Stabilitätskriterien auch gegenüber politischem Druck großer Mitgliedsstaaten verteidigt werden, für die es keine Sonderbehandlung geben dürfe. Es sei wichtig, dass die Euroländer jetzt auf dem Weg der Währungsstabilität weitergingen, und den Euro in seiner Rolle als Weltwährung bestätigen. Nur so werde man die Menschen von der neuen Währung überzeugen können.

Countdown für Preisverleihung

Am 10. Oktober ist es soweit. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, wird den 6. Zukunftspreis der CDU-Sozialausschüsse erhalten. Die Laudatio auf die Preisträgerin hält Liz Mohn, Aufsichtsratsmitglied der Bertelsmann AG. Zu diesem „Spitzentreffen“

deutscher Politiker und Wirtschaftsführer im Bonner Bundeshaus werden wieder über 800 Gäste erwartet. Der begleitende Innovationskongress „Zukunft Deutschland-Mut zum Aufbruch“ startet erneut mit brisanten Themen und hochkarätigen Diskutanten. Bei der Bekanntgabe der diesjährigen Preisträgerin, Angela Merkel, lobte der CDA

RCDS startet neues Magazin

Die Redaktion des UiD freut sich, ein weiteres Mitglied in der Zeitungsfamilie rund um die Union begrüßen zu dürfen. „Der Campus“ heißt die neue Kommunikationsplattform des RCDS, die ab September regelmäßig alle zwei Monate erscheinen wird. Ziel der Initiative ist es, über spannende Neuigkeiten aus dem RCDS-Bundesvorstand, der Landesverbände und der Hochschulgruppen zu informieren. Die erste Ausgabe mit dem Themenschwerpunkt „EU-Osterweiterung“ ist viel versprechend. Ein zweiter Blick lohnt sich.

campus@rcds.de

Bundesvorsitzende Hermann-Josef Arentz vor allem die Arbeit der CDU-Vorsitzenden bei der programmatischen Erneuerung der Union: „Für die Belebung der Grundwertedebatte und für den Versuch, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Verantwortung, Flexibilität und Sicherheit in eine neue Balance zu bringen.“

www.cducusu.de in neuem Gewand

Die neue Homepage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zeigt sich nach dem Relaunch noch übersichtlicher, bedienungsfreundlicher und informativer.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihren neuen Internetauftritt frei geschaltet. Die Vorteile gegenüber der bisherigen Website, die seit dem Frühjahr 2001 im Netz stand, sind offensichtlich: verbesserte Menüführung, komfortablere Suche, übersichtlichere Präsentation der Inhalte, größere Nutzerergonomie. Hervorzuheben ist, dass künftig jeder Nutzer die Möglichkeit hat, Inhalte zu personalisieren. Das vermeidet langes Suchen und bringt allen Nutzern einen zusätzlichen Mehrwert.

Die Seite überzeugt außerdem durch eine neu eingeführte Portalstruktur. Dadurch können wesentlich mehr Informationen und Inhalte unmittelbar auf der Startseite abgebildet werden. Das Gesamtangebot wird so transparenter und das Kommunikationsdesign besser. Ein besonderes Feature: Die neue Homepage bietet erstmals die Möglichkeit, Inhalte zu personalisieren. D.h., die Nutzer können



ein auf ihre individuellen Informationswünsche abgestimmtes Angebot abbilden. Insgesamt können die Nutzer Informationen aus acht Politikbereichen wählen. Im Bereich „Aktuelle Meldungen“ können die Nutzer mit einem Klick Informationen, wie aktuelle Interviews, Schwerpunktthemen und Beschlüsse der Fraktion, abrufen. Über eine nutzerfreundliche Verlinkung werden weitere jeweils passende Informationen angeboten. Im zentralen Blickfeld präsentiert die Seite den „Premium-Content“. Das sind Inhalte, die von der Internet-Redaktion der Fraktion besonders aufbereitet werden, um einen vertiefenden Einblick in die Arbeit der Unionsfraktion zu er-

möglichen. Wer, Wo, Was? Im neuen Bereich „Aktionsfelder“ findet der Nutzer aktuelle Hinweise zu Terminen, Veranstaltungen und Events. Durch zahlreiche Bilder und grafische Elemente wird der neue Internetauftritt optisch ansprechender. Besonders hinzuweisen ist auf die neuen Infografiken, die an verschiedenen Stellen im Angebot platziert sind.

Die Suchfunktion wurde verbessert, so dass nun auch eine verknüpfte Suche mit mehreren Begriffen sowie eine Suche von PDF-Dateien möglich ist. Die Suchergebnisse werden somit genauer, außerdem auch strukturiert und mit Schlagzeilen und Teasern versehen.

DIETRICH AUSTERMANN:
**Struck missachtet
 Parlament**



**Zur Pressekonferenz des
 Bundesverteidigungsminis-
 ters erklärte der Hauptber-
 richterstatter für den Ver-
 eidigungsetat im Haus-
 haltsausschuss:**

Der Verteidigungsminister nimmt offensichtlich das Parlament nicht ernst und hat sein Haus nicht im Griff. Wenn er jetzt ankündigt, dass angesichts des knappen Bundeswehrhaushaltes „alle Finanzposten des Militärs auf den Prüfstand“ sollen, dann widerspricht er damit seinen eigenen Äußerungen im Bundestag zu den Haushaltsberatungen. Sein Ministerium hat den Einzelplan 14 (Verteidigung) des Haushaltes im August an das Parlament gesandt. Nach der 1. Lesung am 9.9.2003 erhielten die Berichterstatter für den Verteidigungsetat, der von ihnen am 26.9.2003 beraten werden soll, eine „Nachschiebeliste“ mit Än-

derungen im Volumen von rund 90 Mio. €, davon 50 Mio. € Mehrausgaben für den Eurofighter, der nach Strucks Angaben völlig im Plan läuft.

Jetzt wird eine Sparrunde angekündigt, die zweite nach den Bemühungen des Generalinspektors zu Beginn des Jahres, die noch nicht einmal umgesetzt sind. Es ist nicht akzeptabel, dass während der Beratungen praktisch ein zweiter Haushaltsentwurf vorgelegt wird, der alle Bemühungen, zu nachvollziehbaren Entscheidungen zu kommen, kaputt macht. Struck wird genauso wie sein Vorgänger mit einem Etat scheitern, der einerseits durch immer neue Versprechungen gegenüber dem Ausland, andererseits durch ständige Kürzungen des Finanzministers geprägt ist.

Kaum nachvollziehbar sind auch die Aussagen zum neuen Jagdflugzeug. Die Union steht hinter der Beschaffung und hinter der beteiligten Industrie. Auch deshalb nimmt sie die drastische Kritik des Rechnungshofes und der Typenbegleitmannschaft ernst. Das Projekt droht aus dem Ruder zu laufen. Die Tatsache, dass das Management nicht beim BWB sondern beim BMVg liegt, hat sich nicht positiv ausgewirkt. Die Entwick-

lung liegt zwei Jahre zurück, die Beschaffung um mindestens ein Jahr. Die Kosten eskalieren. Da hilft Schönreden nichts. Vor der Vergabe des zweiten Loses muss eine schonungslose Zwischenbilanz des Vier-Nationen-Vorhabens gezogen werden. Dazu gehört auch die Berichterstattung gegenüber dem Parlament über den Verfahrensstand, die seit zwei Jahren überfällig ist.

ARNOLD VAATZ:
**Bundesregierung
 nutzt ihre Mög-
 lichkeiten nicht**



**Zum Jahresbericht zur
 Deutschen Einheit erklärte
 der stellvertretende Frak-
 tionsvorsitzende und Spre-
 cher der Abgeordneten der
 neuen Bundesländer:**

Die Zahlen für Ostdeutschland sind katastrophaler denn je. Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem doppelten Niveau Westdeutschlands verstetigt. Die Abwan-

derung hat nicht abgenommen, sondern zugenommen. Die Firmeninsolvenzen nehmen zu, inzwischen kommen sogar Insolvenzen von Familien hinzu. Zwangsversteigerungen häufen sich. Die Menschen in Ostdeutschland wissen, dass es mit der Angleichung langsam gehen wird. Dass die Tendenz aber nach unten zeigt, ist nicht hinzunehmen. Die Bundesregierung hat es nicht geschafft, die Generaltendenz umzukehren, dass sich der Abstand zwischen Ost und West weiter vergrößert.

Die bisher vorgeschlagenen „Konzepte“ der Bundesregierung haben sich mittlerweile als Luftblasen entpuppt: Es ging los mit den Bündnissen für Arbeit (die nichts wurden), dann kam das Job-AQTIV-Gesetz (das auch nichts wurde), danach kam die Idee für das Programm „Kapital für Arbeit“ (ein Flop). Jetzt haben wir die Personal-Service-Agenturen, die im Grunde Menschen zwischen nicht vorhandenen Arbeitsplätzen hin und her vermitteln sollen. Alles in allem sind das „Konzepte“, die ganz offensichtlich in Ostdeutschland nicht funktionieren konnten. Deshalb sind auch die „Konzepte“ im neuen Bericht mit allergrößter Vorsicht zu behandeln. Die Bundesregierung hat

sich damit abgefunden, dass die Arbeitslosigkeit im Osten doppelt so hoch ist wie im Westen. Das Mindestlohngesetz der Bundesregierung wird die Arbeitslosigkeit im Baubereich weiter erhöhen, weil Mindestlöhne festgelegt werden sollen, die viele kleine ostdeutsche Unternehmer nicht zahlen können. Nach Auffassung des Spitzenverbandes sind damit weitere 50 000 Arbeitsplätze in Gefahr. Dabei gibt es durchaus Situationen, die man politisch nutzen könnte, weil damit eine enorme Aufbruchstimmung verbunden wäre:

Im Frühjahr dieses Jahres hat die Stadt Leipzig den Zuschlag als deutsche Bewerberstadt für die Olympischen Spiele 2012 erhalten. Vergleicht man aber die Aktivitäten der Bundesregierung mit den Aktivitäten der Herren Chirac, Blair und Aznar, die viel zur Unterstützung ihrer jeweiligen Bewerberstädte tun, muss man feststellen, dass die Bundesregierung im Grunde nichts macht. Im Haushalt sind keine Mittel vorgesehen und der Bundesverkehrswegeplan sieht keine Infrastrukturmaßnahmen vor, um Leipzig einen Vorzug zu verschaffen.

Auch der 50. Jahrestag des 17. Juni ist verstrichen, ohne dass die Bundesregie-

rung ein Zeichen in Richtung Ostdeutschland gegeben hätte. So wurde der Gesetzentwurf der Union nicht aufgegriffen, mit dem den Opfern eine Entschädigung für die in der SED-Diktatur erlittene Unbill zuteil werden sollte.

Mittlerweile fühlen sich die Menschen bei uns im Osten auf den Arm und von dieser Regierung in keiner Weise mehr ernst genommen.

KATHERINA REICHE
MICHAEL KRETSCHMER:

Forschungsland- schaft Ost – Rot- Grün ohne Konzept



Zur vorgelegten Zwischenbilanz zum Aufbau Ost erklärten die forschungs- und bildungspolitische Sprecherin und der zuständige Berichterstatter:

Unter Rot-Grün kommt der Osten nicht voran: Nur vier Prozent des deutschen Exports an forschungs- und entwicklungsintensiven Waren kommen aus den neuen

Ländern. Die Initiativen der Bundesregierung zur Förderung der Forschungslandschaft Ost sind mit zu hohem bürokratischem Aufwand verbunden und laufen zu oft ins Leere.

Rot-Grün investiert zu wenig in den Forschungsstandort Ostdeutschland: Von den 1,6 Mrd. Euro, die in den nächsten zehn Jahren bundesweit in Großforschungsgeräte fließen, werden von der Bundesregierung nur 12,25 Millionen Euro in die neuen Bundesländer investiert. Mit der Absage an einen deutschen Standort für die Kernfusionsanlage ITER wurde die Chance für eine Ansiedlung in den neuen Bundesländern verspielt. Die Bundesregierung vernachlässigt Forschung und Wissenschaft in den neuen Ländern. Das belegt der schleichende Rückzug der Bundesregierung aus der „Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau“ und die Absicht, die Leibniz-Institute aus der Bundesförderung zu entlassen.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, umgehend innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für junge Technologieunternehmen zu schaffen. Zur Sicherung der Frühphasen- und Anschlussfinanzierung brauchen wir u.a. einen neuen Beteili-

gungskapitalfonds sowie bessere steuerliche Anreize für Business Angels und für Mitarbeiterbeteiligungen. Im Herbst werden CDU/CSU mit einem Antrag ein eigenes Konzept zur Stärkung der Forschungslandschaft Ost vorlegen.

DAGMAR WÖHRL:
Bundesregierung
verhindert Kon-
junkturerholung



Zur Konjunktüreinschätzung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) erklärte die wirtschaftspolitische Fraktionsprecherin:

Nach der Analyse des ZEW ist die gegenwärtige Lage in Deutschland weiter sehr negativ. Die Konjunktur in Deutschland wird nicht richtig anspringen, wenn die Bundesregierung ein Desaster nach dem anderen zu verantworten hat: Dosenpfand, LKW-Maut, Ausbil-

dingsplatzabgabe, Reform der Kraftfahrzeugsteuer.

Auch die Diskussion um neue Steuererhöhungen, wie die komplette Besteuerung privater Veräußerungsgewinne bei Immobilien und Wertpapieren, eine höhere Erbschaftssteuer und eine Mindestbesteuerung bei Unternehmen, verhindert jegliche Aufbruchstimmung.

Deutschland braucht keine neuen Steuern. Deutschland braucht endlich eine durchdachte und umfassende Steuer- und Abgabenreform für mehr Transparenz und weniger Belastung, die den gesamten Mittelstand und alle Bürger erreicht.

Niemand weiß mehr, auf welche Aussagen aus dem Regierungslager noch Verlass ist. Deutschland wäre schon viel geholfen, wenn der Bundeswirtschaftsminister endlich für eine verlässliche Politik für den Wirtschaftsstandort Deutschland sorgen würde. Wir brauchen wieder Zuversicht, leider sorgt die Bundesregierung aber nur für Chaotik.

Nur durch einen schlüssigen Wirtschaftskurs kann das Vertrauen der Unternehmer wieder gewonnen werden. Nur wenn Zuversicht in den Betrieben herrscht, werden Investitionen vorgenommen und neue Jobs geschaffen.

Streuartikel für Canvassingaktionen



**Papierfähnchen
„CDU und Deutschland“**
Papierfähnchen mit 2 verschiedenen
Seiten

Bestell-Nummer: 9426
Preis je 1.000 Stück: 53,00 €
inkl. MwSt.: 61,48 €



Seifenblasenspender
36 in einer Box

Bestell-Nummer: 9892
Preis je Box: 11,00 €
inkl. MwSt.: 12,76 €

Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nummer: 9070
Preis je 100 Stück: 25,00 €
inkl. MwSt.: 29,00 €



Streichhölzer

Bestell-Nummer: 9831
Preis je 100 Stück: 7,00 €
inkl. MwSt.: 8,12 €



Bleistift

Bestell-Nummer: 9036
Preis je 100 Stück: 10,00 €
inkl. MwSt.: 11,60 €

Pin „CDU“

Bestell-Nummer: 9875
Preis je 100 Stück: 20,00 €
inkl. MwSt.: 23,20 €



Gummibärchen

100 Minibeutel in einer
Runddose.

Bestell-Nummer: 9547
Preis je 100 Stück: 10,00 €
inkl. MwSt.: 11,60 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Vermold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Neue Aktionsmaterialien



Kalenderkarte:
„Steuer- und Abgabenlast“
ca. Scheckkartenformat aus Kunststoff

Bestell-Nummer: 9084
Preis je 100 Stück: 10,00 €
inkl. MwSt.: 11,60 €

ab 26.09.03 bestellbar



Folder: „10 Punkte PLUS“
10 Kernpunkte der CDU für mehr
Wachstum und Arbeit

Bestell-Nummer: 2085
Preis je 100 Stück: 10,00 €
inkl. MwSt.: 10,70 €

Notizheft:
„Was hat Rot-Grün gebracht?“
auf 36 Seiten Fakten zu rot-grüner
Misswirtschaft und Leerseiten für
eigene Notizen

Bestell-Nummer: 5086
Preis je 20 Stück: 12,00 €
inkl. MwSt.: 13,92 €



Aktionszeitung: „5 Jahre Rot-Grün“
Die größten Flops von Rot-Grün/
Die Konzepte der CDU

Bestell-Nummer: 1013
Preis je 250 Stück: 16,00 €
inkl. MwSt.: 17,20 €

(Jeder Kreisverband hat 500 Exemplare
kostenlos erhalten)





Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Die neuen Wandzeitungen

„Es gibt keine Volkswirtschaft, die so viel Geld gegen die Arbeitslosigkeit einsetzt wie wir. Und keine ist so erfolglos wie wir.“

(Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, SPD
18. August 2003)

**5 Jahre
Rot-Grün**



Das sind die aktuellen Wandzeitungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Alle Jahresabonnenten erhalten beide Wandzeitungsmotive.